

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	39
Abkürzungsverzeichnis	49

TEIL A: EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEME DER BESTEUERUNG WIEDERKEHRENDER BEZÜGE UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

I.	Allgemeines	57
II.	Begriff der „wiederkehrenden Bezüge“	58
III.	Subsidiäre Bedeutung des § 22 Nr. 1 EStG	68
IV.	Korrespondenzprinzip	70
V.	Nicht steuerbare Zuwendungen i. S. d. § 12 Nr. 2 EStG	72
VI.	Steuerbefreiungen in § 3 EStG	84

TEIL B: VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN GEGEN WIEDERKEHRENDE LEISTUNGEN

I.	Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	87
II.	Veräußerung von Privatvermögen gegen wiederkehrende Leistungen	227

TEIL C: BETRIEBLICHE WIEDERKEHRENDE BEZÜGE

I.	Veräußerung von Betriebsvermögen gegen wiederkehrende Bezüge	241
II.	Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer oder höher als der Wert des übertragenen Betriebs	316
III.	Betriebliche Versorgungsrenten	319
IV.	Laufende Bezüge, die keine Renten sind und aus Versorgungsgründen gezahlt werden	347
V.	Renten und Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen an lästige Gesellschafter	349

	Seite
VI. Betriebliche wiederkehrende Bezüge ohne Veräußerungs- und Versorgungscharakter	353
VII. Steuerliche Behandlung laufender Bezüge mit betrieblichem Charakter im Falle beschränkter Steuerpflicht und Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	359

TEILD: BESTEUERUNG VON ALTERSBEZÜGEN

I. Allgemeines	361
II. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Altersbezüge aus der Basisversorgung	363
III. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Leistungen aus Verträgen außerhalb der Basisversorgung und außerhalb von Riester-Verträgen	442
IV. Wirkungen der Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG	513
V. Besteuerung nach § 22 Nr. 5 EStG (Riester-Renten)	524
VI. Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	626
VII. Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge	675
VIII. Erstellung und Auswertung von Rentenbezugsmittelungen nach § 22a EStG	688
IX. Tarifermäßigung bei Rentennachzahlungen	694
X. Besteuerung von Alterseinkünften bei beschränkter Steuerpflicht	696

TEIL E: BESTEUERUNG DER ÜBRIGEN WIEDERKEHRENDEN BEZÜGE

I. Schadensersatz- und Schmerzensgeldrenten	697
II. Versorgungsausgleich nach Scheidung der Ehe	703
III. Unterhaltsleistungen geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatten (Realsplitting)	733
IV. Abzug der Jahreserbschaftsteuer nach § 23 ErbStG als dauernde Last	743
V. Rentenversicherungen und Lebensversicherungen gegen fremdfinanzierten Einmalbetrag	747

Anhang

Stichwortverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS

	Rdn.	Seite
Vorwort		5
Inhaltsübersicht		7
Literaturverzeichnis		39
Abkürzungsverzeichnis		49

TEIL A: EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEME DER BESTEUERUNG WIEDERKEHRENDER BEZÜGE UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

I. Allgemeines	1	57
II. Begriff der „wiederkehrenden Bezüge“	11	58
1. Bedeutung des Begriffs	11	58
2. Inhalt des Begriffs	16	59
a) Noch ausstehende Klärung	16	59
b) Häufigkeit und Dauer	17	59
c) Einheitlicher Rechtsgrund oder einheitlicher Entschluss	26	60
d) Regelmäßigkeit der Leistungen	29	61
e) Güter in Geld oder Geldeswert	36	62
aa) Allgemeine Grundsätze	36	62
bb) Eigene Dienstleistungen	40	63
f) Abgrenzung wiederkehrender Bezüge von der Vermögensumschichtung	46	64
aa) Abgrenzung gegen Ratenzahlungen	46	64
bb) Abgrenzung der anlässlich von Veräußerungsvorgängen vereinbarten wiederkehrenden Bezüge von den Vermögensumschichtungen	48	65
3. Bedeutung der wiederkehrenden Leistungsform für die Steuerbarkeit der Bezüge	56	65
a) Rechtsauffassung von 1920 bis 1994	56	65
b) Aufgabe des bisherigen Grundsatzes durch den BFH in 1994	57	66

	Rdn.	Seite
c) Stellungnahme zu der neuen Rechtsprechung des BFH	59	67
d) Tragweite der neuen BFH-Rechtsprechung	60	67
III. Subsidiäre Bedeutung des § 22 Nr. 1 EStG	66	68
IV. Korrespondenzprinzip	76	70
V. Nicht steuerbare Zuwendungen i. S. d. § 12 Nr. 2 EStG	81	72
1. Grenzen der Wechselwirkung zwischen § 12 Nr. 2 EStG und § 22 Nr. 1 EStG	81	72
2. Zuwendungen	86	74
3. Freiwillige Zuwendungen	91	74
4. Freiwillig begründete Rechtspflicht	96	75
5. Zuwendungen an eine unterhaltsberechtigte Person	101	75
a) Abgrenzung des betroffenen Personenkreises	101	75
b) Übergang der Unterhaltsverpflichtung auf den Erben	105	78
c) Ausnahmeregelung für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten	106	78
d) Zuwendungen des Ehegatten des gesetzlich Unterhaltspflichtigen und Zuwendungen an den Ehegatten des gesetzlich Unterhaltsberechtigten	107	78
6. Bedeutung der unbeschränkten Steuerpflicht des Leistenden (bis VZ 2008)	111	79
7. Ausnahme von der Steuerbefreiung nach § 22 Nr. 1 Satz 2 EStG	116	81
a) Grund für die Rückausnahme	116	81
b) Voraussetzungen für § 22 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 Buchst. a EStG	126	82
c) Voraussetzungen für § 22 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 Buchst. b EStG	127	83
d) Konkurrenzverhältnis zu § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	131	84
VI. Steuerbefreiungen in § 3 EStG	136	84

TEIL B: VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN GEGEN WIEDERKEHRENDE LEISTUNGEN

I. Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	146	87
1. Rechtsentwicklung	146	87
a) Aktuelle Abgrenzung	146	87

	Rdn.	Seite
b) Rechtslage bis Anfang der 1990er Jahre	151	88
aa) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	151	88
bb) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	153	88
c) Neuausrichtung der unentgeltlichen Rechtsgeschäfte durch die Beschlüsse des Großen Senats vom 5. 7. 1990 und 15. 7. 1991	156	89
d) Folgerechtsprechung der Einzelsenate	161	90
aa) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	161	90
bb) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	168	92
e) Reaktion der Finanzverwaltung	172	93
aa) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	172	93
bb) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	177	95
f) Erneute Entscheidungen des Großen Senats vom 12. 5. 2003 zur unentgeltlichen Vermögensübergabe	183	95
aa) Kritik an der bisherigen Rechtslage	183	95
bb) Vorlagebeschlüsse	185	96
cc) Entscheidung des Großen Senats zum Typus 2	191	97
dd) Entscheidung des Großen Senats zum Typus 1	200	99
g) Gesetzliche Einschränkung der unentgeltlichen Vermögensübergabe durch das JStG 2008	204	100
2. Vermögensübergabe zur Regelung der vorweggenommenen Erbfolge	211	101
3. Formelle Voraussetzungen eines Versorgungsvertrages	221	104
a) Grundsatz	221	104
b) Änderung von Vereinbarungen	222	105
c) Nicht vertragsgemäßes Verhalten	223	105
d) Geänderter Versorgungsbedarf/geänderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	227	106
e) Umwandlung einer dauernden Last in eine Rente und umgekehrt	228	107
f) Wertsicherungsklauseln	230	108
g) Begrenzung der Leistungen für den Fall der Pflegebedürftigkeit	236	110
aa) Allgemeines	236	110
bb) Regelungen zum sog. Sozialhilferegress	237	111
(1) Rechtliche Grundlagen	237	111
(2) Möglichkeiten der Vermeidung?	240	113

	Rdn.	Seite
4. Materielle Voraussetzungen einer begünstigten Vermögensübergabe	241	116
a) Vermögensübergabeverträge vor dem 1. 1. 2008	241	116
aa) Begriff und Definition existenzsichernden Vermögens	241	116
bb) Aufteilung der erwirtschafteten Erträge	246	118
cc) Vom Vermögensübernehmer zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnung	249	119
(1) Ursprüngliche Auffassung	249	119
(2) Erste Entscheidung der Rechtsprechung	250	120
(3) Anpassung der Verwaltungsauffassung	251	121
(4) Abweichende Entscheidung des Großen Senats des BFH	252	121
(5) Erneut angepasste Auffassung der Finanzverwaltung	253	121
(6) Eigene Auffassung	254	122
dd) Übertragung eines Geldbetrages	256	122
(1) Existenzsichernde Wirtschaftseinheit bei Umschichtungsverpflichtung	256	122
(2) Weiterentwicklung der Grundsätze durch die Finanzverwaltung	261	124
ee) Wertpapiervermögen	267	127
b) Vermögensübergabeverträge nach dem 31. 12. 2007	269	128
aa) Begünstigtes Vermögen	269	128
(1) Begünstigte Mitunternehmeranteile	271	129
(2) Begünstigte Betriebe und Teilbetriebe	277	132
(3) Begünstigte Anteile an einer GmbH	279	133
(4) Missbrauchsregelung	285	136
c) Empfänger des Vermögens (Person des Vermögensübernehmers)	286	137
aa) Übertragung an Abkömmlinge	286	137
bb) Übertragung an gesetzlich erbberechtigte entferntere Verwandte	287	137
cc) Erbaußschlagung gegen Versorgungsleistungen	288	138
dd) Übertragung abweichend von der Erbfolge	289	138
ee) Übertragung an nahe stehende Dritte	290	139
ff) Übertragung an fremde Dritte	291	139

	Rdn.	Seite
d) Empfänger der Versorgungsleistungen (Person des Vermögensübergebers)	296	140
aa) Grundsatz	296	140
bb) Abgrenzung zum Gleichstellungsgeld	298	141
cc) Versorgung von Personen außerhalb des Generationennachfolgeverbundes	301	142
e) Wiederkehrende Leistungen auf die Lebenszeit des Berechtigten	306	143
aa) Grundsatz	306	143
bb) Vereinbarung von abgekürzten Leibrenten	309	144
cc) Vereinbarung einer Mindestzeitrente	311	145
f) Ausreichend ertragbringende Wirtschaftseinheit	316	147
aa) Unklare Entscheidung des Großen Senats des BFH in den 1990er Jahren	316	147
bb) Folgerechtsprechung der Einzelsenate des BFH	317	147
cc) Auslegung der Finanzverwaltung	319	148
(1) Typuseinteilung	319	148
(2) Ermittlung der maßgebenden Erträge	320	149
dd) Erneute Entscheidung des Großen Senats in 2003	329	151
(1) Einbeziehung von Nutzungsvorteilen in die Ermittlung des Nettoertrags	330	151
(2) Ermittlung der ersparten Nettomiete	339	154
(3) Berücksichtigung eines Unternehmerlohns	340	155
(4) Zukunftsgerichtete Ertragsprognose	342	155
(5) Beweiserleichterungen bei Unternehmensübertragungen	346	157
ee) Auswirkungen der Gesetzesänderung zum 1.1.2008	354	160
(1) Allgemeines	354	160
(2) Einbeziehung von Nutzungsvorteilen in die Ermittlung des Nettoertrags	357	161
(3) Berücksichtigung eines Unternehmerlohns	360	162
(4) Beweiserleichterung	360a	163
(5) Ermittlung des Ertrags beim land- und forstwirtschaftlichen Betrieb	360c	164
g) Wert des übertragenen Vermögens	361	164
aa) Bedeutung des Vermögenswerts bei der Typuseinteilung der Finanzverwaltung	361	164

		Rdn.	Seite
bb)	Geänderte Sichtweise des GrS	362	165
cc)	Vermögensübergabeverträge nach dem 31. 12. 2007	367	167
h)	Übergangsregelung für vor dem 1. 11. 2004 geschlossene Vermögensübergabeverträge (Weiteranwendung des Versorgungsvertrags Typus 2)	373	168
5.	Besonderheiten in Einzelfällen	376	168
a)	Nachträgliche Umschichtung übertragenen Vermögens	376	168
aa)	Rechtslage nach dem BMF-Schreiben vom 23. 12. 1996	376	168
bb)	Abweichende Sichtweise beim X. Senat des BFH	380	169
(1)	Begründung des X. Senats	380	169
(2)	Kritik an der Entscheidung des X. Senats	383	171
cc)	Umsetzung der abweichenden Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung durch BMF-Schreiben vom 26. 8. 2002	396	174
(1)	Umschichtung von Privatvermögen aus der Sicht des Vermögensübernehmers	404	176
(2)	Umschichtung von Privatvermögen aus der Sicht des Vermögensübergebers	412	179
(3)	Umschichtung von Betriebsvermögen aus der Sicht des Vermögensübernehmers	421	182
(4)	Umschichtung von Betriebsvermögen aus der Sicht des Vermögensübergebers	431	185
(5)	Anwendungszeitraum für das BMF-Schreiben vom 26. 8. 2002	438	190
dd)	Neuregelungen aufgrund der Beschlüsse des Großen Senats in 2003 (BMF-Schreiben vom 16. 9. 2004)	446	190
ee)	Rechtslage ab 2008	458	195
(1)	Vermögensübergabeverträge, die vor dem 1. 1. 2008 abgeschlossen wurden	458	195
(2)	Vermögensübergabeverträge, die nach dem 31. 12. 2007 abgeschlossen wurden	459	195
b)	Teilentgeltliche Vermögensübertragung	461	198
c)	Vermögensübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	466	200
aa)	Grundsatz	466	200
bb)	Sicherungsnießbrauch	467	200

	Rdn.	Seite
cc) Gleitende Vermögensübergabe	468	201
dd) Ablösung des Nießbrauchsrechts zwecks lastenfreier Veräußerung	472	203
ee) Ablösung des Nießbrauchsrechts als eigenständige Vermögensübergabe	476	205
ff) Rechtsfolgen	478	206
d) Versorgungsleistungen aufgrund einer Verfügung von Todes wegen	479	207
aa) Vermögensübergabeverträge, die vor dem 1.1.2008 abgeschlossen wurden	479	207
(1) Einschränkungen gegenüber der vorweggenommenen Erbfolge	479	207
(2) Kritik an der Einschränkung	480	208
(3) Vermächtnisrente an die Geschwister des Erben	482	208
(4) Erb- oder Pflichtteilsverzicht gegen wiederkehrende Leistungen	483	209
bb) Vermögensübergabeverträge, die nach dem 31.12.2007 abgeschlossen werden	484	209
e) Stuttgarter Modell: Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen mit Rückvermietung an den Vermögensübergeber (Verträge vor dem 1.1.2008)	486	210
aa) Kein Gestaltungsmisbrauch	486	210
bb) Späterer Verzicht auf ein Wohnrecht kein Gestaltungsmisbrauch	490	212
cc) Ablösung eines Wohnrechts gegen wiederkehrende Leistungen und Mietvertrag Gestaltungsmisbrauch	492	212
f) Wirtschaftsüberlassungsverträge	496	213
g) Wohnteil eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft	500	215
6. Umfang der Versorgungsleistungen und ihre Bewertung	501	217
a) Umfang	501	217
b) Bewertung	502	217
c) Wohnraumüberlassung an den Berechtigten	504	218
d) Außergewöhnliche Instandhaltungskosten	506	219
e) Kosten für ein Grabmal und für Beerdigungskosten	509	220
f) Aufteilung der wiederkehrenden Leistungen bei Mitübertragung von nicht unbegünstigtem Vermögen	511	221

	Rdn.	Seite
7. Korrespondenzprinzip zwischen § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG und § 22 Nr. 1b EStG	516	222
a) Besteuerung der Versorgungsleistungen beim Empfänger	516	222
b) Unbeschränkte Steuerpflicht des Empfängers der Versorgungsleistungen	521	223
8. Versorgungsleistungen, die mit Einkünften in Zusammenhang stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht bleiben	524	224
9. Maßgeblicher Rechtsakt für die Anwendung des § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG in der Fassung des JStG 2008	525b	226
II. Veräußerung von Privatvermögen gegen wiederkehrende Leistungen	526	227
1. Rechtsentwicklung	526	227
a) Ältere Rechtsprechung	526	227
b) Neuere Rechtsprechung	530	228
c) Auffassung der Finanzverwaltung	532	228
d) Stellungnahme	536	229
2. Allgemeines auf der Basis der aktuellen Rechtslage	541	230
a) Abgrenzung von der unentgeltlichen Vermögensübergabe	541	230
b) Vereinbarung eines vollentgeltlichen Rechtsgeschäfts	542	230
c) Unterscheidung von Betriebsvermögen und Privatvermögen	543	230
3. Einzelheiten der Besteuerung wiederkehrender Veräußerungsleistungen	546	231
a) Abgrenzung vollentgeltlicher und teilentgeltlicher Rechtsgeschäfte	546	231
b) Abgrenzung nicht abziehbarer Unterhaltsleistungen	551	231
c) Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil	556	232
d) Berechnung des Kapital- oder Barwerts	561	233
e) Berechnung des Zinsanteils	566	234
aa) Veräußerungsleibrenten	567	234
bb) Dauernde Lasten	568	234
cc) Zeitlich befristete Leistungen	569	234
dd) Mehrbeträge	572	236

	Rdn.	Seite
f) Behandlung der wiederkehrenden Leistungen beim Verpflichteten	576	236
aa) Tilgungsanteil als Anschaffungskosten	576	236
bb) Zinsanteil als Werbungskosten	578	236
cc) Nicht abziehbare Kosten der privaten Lebensführung	579	237
g) Behandlung der wiederkehrenden Leistungen beim Berechtigten	586	237
aa) Tilgungsanteil als Veräußerungserlös	586	237
bb) Zinsanteil als Kapitaleinkünfte oder als sonstige Einkünfte	588	238
h) Veräußerung gegen Ratenzahlungen	601	240

TEIL C: BETRIEBLICHE WIEDERKEHRENDE BEZÜGE

I. Veräußerung von Betriebsvermögen gegen wiederkehrende Bezüge	611	241
1. Grundsatzzüge	611	241
2. Betriebliche Veräußerungsrenten auf Lebenszeit	616	242
a) Begriff der betrieblichen Veräußerungsrente auf Lebenszeit	616	242
aa) Grundsatz	616	242
bb) Merkmal der Veräußerung	617	242
cc) Gegenstände der Veräußerung	623	245
dd) Betriebliche Veräußerungsrente beim Rentenverpflichteten (Erwerber)	625	245
b) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente beim Rentenberechtigten im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 5 EStG	631	246
aa) Grundsatz	631	246
bb) Rechtsentwicklung	633	247
(1) Nachträgliche Versteuerung des Veräußerungsgewinns (Zuflussversteuerung)	633	247
(2) Sofortige Versteuerung des Veräußerungsgewinns	634	248

	Rdn.	Seite
cc) Heutige steuerliche Behandlung im Grundsatz: Wahlrecht zwischen nachträglicher und sofortiger Versteuerung des Veräußerungsgewinns	635	248
dd) Aufteilung der Rentenzahlungen in einen Zins- und Tilgungsanteil bei Wahl der nachträglichen Versteuerung?	639	250
ee) Versteuerung des Zinsanteils (Ertragsanteils) nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG bei Wahl der Sofortversteuerung?	645	252
ff) Ausübung des Wahlrechts	647	253
gg) Ermittlung der Einkünfte und Tarif im Falle der sofortigen Versteuerung	649	253
hh) Ermittlung der Einkünfte und Tarif bei nachträglicher Versteuerung (Zuflussversteuerung)	650	254
ii) Beispiele zu steuerlicher Behandlung	653	255
jj) Veräußerung von Teilbetrieben, Anteilen an Mitunternehmerschaften und einzelnen Wirtschaftsgütern	654	256
kk) Veräußerung von Grundstücken, die teilweise zum Betriebsvermögen und teilweise zum Privatvermögen gehören	658	257
II) Steuerliche Folgen bei vorzeitigem Ableben des Rentenberechtigten	659	258
(1) Sofortige Versteuerung	659	258
(2) Nachträgliche Versteuerung	661	258
c) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungslebrente beim Rentenverpflichteten im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 5 EStG	671	259
aa) Fragen der Aktivierung	671	259
bb) Fragen der Passivierung und Ermittlung des Aufwands	678	262
cc) Weiterveräußerung, Aufgabe oder Verpachtung des durch eine betriebliche Veräußerungsrente erworbenen Betriebs	686	264
dd) Anwendung der buchhalterischen Methode	692	265
ee) Unterlassen der Aktivierung und Passivierung	693	265

	Rdn.	Seite
d) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 4 Abs. 1 EStG oder nach § 13a EStG	701	266
aa) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	701	266
bb) Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	706	267
e) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 4 Abs. 3 EStG	714	268
aa) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	714	268
bb) Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	723	269
f) Vereinbarung des Veräußerungsentgelts in Form einer Rente neben einem fest bestimmten Kaufpreisteil	736	273
aa) Besteuerung beim Rentenberechtigten	736	273
bb) Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten	744	276
g) Veräußerung einzelner zum Betriebsvermögen gehörender Wirtschaftsgüter gegen eine Rente	751	276
aa) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	751	276
(1) Veräußerung eines einzelnen Wirtschaftsguts	751	276
(2) Veräußerung mehrerer Grundstücke	756	279
bb) Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	757	279
h) Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften i. S. d. § 17 EStG gegen eine Leibrente	766	280
aa) Grundsatz	766	280
bb) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	767	280
cc) Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten	771	281
i) Betriebliche Veräußerungsrenten als abgekürzte oder verlängerte Leibrenten	781	283
j) Änderungen in der Höhe der jährlichen Rentenzahlungen	786	284
aa) Vereinbarungen im Zeitpunkt der Veräußerung über die später wirksam werdende Erhöhung oder Herabsetzung der Rente (ausgenommen Wertsicherungsklauseln)	786	284

		Rdn.	Seite
bb)	Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	789	285
	(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	789	285
	(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	791	285
	(3) Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	794	287
cc)	Erhöhung der betrieblichen Veräußerungsrente durch spätere Vereinbarungen	796	287
dd)	Herabsetzung der betrieblichen Veräußerungsrente durch spätere Vereinbarungen	800	289
	(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	800	289
	(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	801	289
	(3) Folgen bei Ausgleichszahlungen	803	290
ee)	Herabsetzung der betrieblichen Veräußerungsrente durch Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen	805	291
k)	Ablösung der Rentenverpflichtung durch eine Abfindungszahlung	811	292
	aa) Behandlung beim Rentenberechtigten	811	292
	bb) Behandlung beim Rentenverpflichteten	816	293
l)	Wegfall des Veräußerungsvertrags	819	294
m)	Uneinbringlichkeit einzelner Rentenzahlungen	821	294
3.	Betriebliche Veräußerungsrenten auf Zeit	826	295
a)	Vorbemerkung	826	295
b)	Begriff der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit und Abgrenzung zu Kaufpreisraten	828	296
c)	Steuerliche Behandlung beim Berechtigten im Falle der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit	836	298
	aa) Veräußerung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils	836	298
	(1) Wahlrecht zwischen sofortiger und nachträglicher Versteuerung	836	298
	(2) Nachträgliche Versteuerung	839	299
	(3) Sofortversteuerung	841	299
	bb) Veräußerung einer Beteiligung i. S. d. § 17 EStG	842	300
	cc) Veräußerung eines einzelnen Wirtschaftsguts	843	300
d)	Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten im Falle der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit	845	300

	Rdn.	Seite
4. Betriebsveräußerung gegen Kaufpreisraten	851	301
a) Steuerliche Behandlung beim Berechtigten	851	301
aa) Ermittlung des Veräußerungsgewinns im Allgemeinen und Versteuerung der Zinsen	851	301
bb) Unverzinslichkeit und zu geringe Verzinsung des Kaufpreises	854	302
cc) Kaufpreisforderung in ausländischer Währung	860	304
dd) Wertsicherungsklausel	861	305
ee) Wegfall des Veräußerungsvertrages und Minderung der Kaufpreisraten	862	305
ff) Uneinbringlichkeit der Kaufpreisraten	863	306
gg) Umdeutung von verlängerten Leibrenten in Kaufpreisraten	864	306
b) Steuerliche Behandlung beim Verpflichteten	865	307
5. Veräußerung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils gegen andere laufende Bezüge als Renten	871	308
a) Allgemeine Grundsätze	871	308
b) Besteuerung der laufenden Bezüge in Form einer Gewinn- oder Umsatzbeteiligung beim Berechtigten	878	310
c) Behandlung der Gewinn- oder Umsatzbeteiligung beim Verpflichteten	886	311
aa) Passivierung der Gewinn- oder Umsatzbeteiligung und Aktivierung der erworbenen Wirtschaftsgüter	886	311
bb) Behandlung der jährlichen Gewinn- oder Umsatzbeteiligungszahlungen	892	315
II. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer oder höher als der Wert des übertragenen Betriebs	901	316
1. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer als der Wert des übertragenen Betriebs	901	316
a) Grundsatz	901	316
b) Wiederkehrende Bezüge als teilentgeltlicher Veräußerungspreis	903	317
c) Vereinbarung des „Teilentgelts“ aus Versorgungsgründen	904	318
d) Vereinbarung des „Teilentgelts“ aus Unterhaltsgründen	905	318

	Rdn.	Seite
2. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge höher als der Wert des übertragenen Betriebs	906	318
III. Betriebliche Versorgungsrenten	921	319
1. Begriff der betrieblichen Versorgungsrente	921	319
a) Grundsatz	921	319
b) Versorgungszweck	923	320
c) Versorgung aus betrieblichem Anlass	933	324
d) Gegenstände der Leistung des Rentenberechtigten bei der betrieblichen Versorgungsrente und Charakter dieser Leistungen	937	325
2. Abgrenzung der betrieblichen Versorgungsrente von der außerbetrieblichen Versorgungsrente	946	326
a) Renten zwischen Eltern und Kindern	946	326
aa) Grundsatz	946	326
bb) Vermutung einer außerbetrieblichen oder betrieblichen Versorgungsrente	948	327
cc) Bedeutung des Werts des übertragenen Vermögens	953	329
b) Renten an andere nahe Angehörige	958	330
c) Renten in Nachlassfällen	963	331
d) Familienpersonengesellschaften	964	331
e) Beispiel zur Abgrenzung der betrieblichen Versorgungsrente von anderen Renten	966	332
3. Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Berechtigten	971	333
a) Grundsatz	971	333
b) Versteuerung der Rente sofort oder erst nach Übersteigen des Kapitalkontos?	972	333
c) Erwerb des Betriebsvermögens eine gemischte Schenkung?	974	335
d) Zahlung einer Abfindung	975	335
e) Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil?	977	336
f) Vorzeitiges Versterben des Berechtigten	978	336
g) Kosten bei der Übertragung des Betriebs	979	336
h) Steuerlicher Verlust in Höhe des Kapitalkontos	980	336
i) Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs durch den Verpflichteten	981	337
j) Beispiele zur steuerlichen Behandlung	982	337

	Rdn.	Seite
4. Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Verpflichteten	986	337
a) Aktivierung der übernommenen Wirtschaftsgüter	986	337
b) Gewinn in Höhe des Kapitalkontos?	988	338
c) Abzugsfähigkeit der jährlichen Rentenzahlungen und Passivierung der Rentenverbindlichkeit	989	339
aa) Jährliche Rentenzahlungen Betriebsausgaben	989	339
bb) Vorabvergütungen	990	339
cc) Passivierung der Rentenverbindlichkeit	993	340
d) Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs	995	341
e) Beispiele zur Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Berechtigten und Verpflichteten	997	342
5. Abfindung der betrieblichen Versorgungsrente	1001	343
6. Betriebsveräußerung und zusätzliche Vereinbarung einer Rente aus Versorgungsgründen	1006	343
7. Abkürzung der Versorgungsleistungen auf eine bestimmte Höchstlaufzeit	1016	345
8. Bindung an die steuerlich fehlerhafte Behandlung einer Rente als betriebliche Veräußerungsrente, betriebliche Versorgungsrente oder außerbetriebliche Versorgungsrente?	1021	346
IV. Laufende Bezüge, die keine Renten sind und aus Versorgungsgründen gezahlt werden	1031	347
V. Renten und Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen an lästige Gesellschafter	1041	349
1. Renten an lästige Gesellschafter	1041	349
a) Grundsatz	1041	349
b) Abfindung für das Ausscheiden in Rentenform	1042	349
c) Entgelt für die Übertragung des Mitunternehmeranteils in Rentenform	1045	350
d) Beispiel	1047	351
2. Gewinn- oder Umsatzbeteiligung an lästige Gesellschafter	1048	351
a) Behandlung beim lästigen Gesellschafter	1048	351
b) Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	1049	352

	Rdn.	Seite
VI. Betriebliche wiederkehrende Bezüge ohne Veräußerungs- und Versorgungscharakter	1056	353
1. Betriebliche Renten oder andere betriebliche wiederkehrende Bezüge aufgrund einer Dienstleistung oder aufgrund anderer Leistungen, ohne dass ein Betrieb (Anteil) übertragen wird	1056	353
2. Betriebliche Schadensrenten	1059	354
a) Begriff und Fälle der betrieblichen Schadensrenten	1059	354
b) Einkommensteuerliche Behandlung betrieblicher Schadensrenten	1064	355
aa) Behandlung beim Rentenberechtigten	1064	355
bb) Behandlung beim Rentenverpflichteten	1068	356
cc) Beispiel	1072	357
3. Betriebliche wiederkehrende Bezüge, die keine Renten sind, aufgrund einer Schadensersatzverpflichtung	1073	358
4. Betriebliche Unfallrenten	1074	358
VII. Steuerliche Behandlung laufender Bezüge mit betrieblichem Charakter im Falle beschränkter Steuerpflicht und Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	1086	359
1. Beschränkte Steuerpflicht des Empfängers laufender betrieblicher Bezüge	1086	359
2. Beschränkte Steuerpflicht des Verpflichteten	1089	360
3. Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	1090	360

TEILD: BESTEUERUNG VON ALTERSBEZÜGEN

I. Allgemeines	1101	361
1. Ausgangspunkt für die Reform der Besteuerung von Altersbezügen	1101	361
2. Einteilung der Altersversorgung in ein sog. Drei-Schichten-Modell	1111	362
II. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Altersbezüge aus der Basisversorgung	1121	363
1. Behandlung der Beiträge in der Ansparphase	1121	363
a) Definition der Basisversorgung	1121	363
b) Begünstigte Beiträge für den Sonderausgabenabzug nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b EStG	1126	364

		Rdn.	Seite
aa)	Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen	1126	364
bb)	Beiträge zur Alterssicherung der Landwirte	1136	366
cc)	Beiträge an berufsständische Versorgungseinrichtungen	1141	367
dd)	Beiträge zum Aufbau einer eigenen kapitalgedeckten Altersversorgung der Basisversorgung	1149	369
	(1) Sonderausgabenabzug nur für Neuverträge nach dem 31.12.2004	1150	370
	(2) Eigene Altersabsicherung	1158	373
	(3) Form der Beitragszahlung	1159	374
	(4) Lebenslange Leibrente	1160	374
	(5) Ergänzende Risikoabsicherung	1163	375
	(6) Begünstigte Hinterbliebene	1171	377
	(7) Einschränkende Produktvoraussetzungen	1177	379
	(8) Beiträge an einen Pensionsfonds	1184	383
	(9) Einbeziehung der betrieblichen Altersversorgung in die Basisversorgung	1186	384
	(10) Ausschluss der Beiträge, die in Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen stehen	1190	385
c)	Ermittlung des Abzugsbetrags nach § 10 Abs. 3 EStG	1196	386
aa)	Übergangsregelung bis 2025	1196	386
bb)	Kürzung des Höchstbetrags nach § 10 Abs. 3 Satz 3 EStG	1199	387
	(1) Allgemeines	1199	387
	(2) Kürzung beim Personenkreis des § 10 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchst. a EStG	1204	389
	(3) Kürzung beim Personenkreis des § 10 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchst. b EStG	1207	390
	(4) Kürzung beim Abgeordneten	1222	397
cc)	Kürzung des ermittelten Abzugsbetrags um steuerfreie Arbeitgeberleistungen i. S. d. § 3 Nr. 62 EStG	1226	398
dd)	Kürzung bei zusammenveranlagten Ehegatten	1229	400
ee)	Abzug von Altersvorsorgebeiträgen bei Beziehern von Alterseinkünften	1233	402

	Rdn.	Seite
2. Behandlung der Altersbezüge	1236	402
a) Allgemeines	1236	402
aa) Wechsel zu einer nachgelagerten Besteuerung	1236	402
bb) Erneute verfassungsrechtliche Bedenken	1243	404
b) Erfasste Leistungen	1251	407
aa) Gesetzliche Rentenversicherungen	1251	407
bb) Landwirtschaftliche Alterskassen	1265	410
cc) Berufsständische Versorgungseinrichtungen	1266	411
dd) Rürup-Rentenverträge	1279	414
c) Ermittlung des Besteuerungsanteils	1291	416
aa) Jahresbetrag der Rente	1291	416
bb) Bestimmung des Prozentsatzes	1298	418
d) Ermittlung des steuerfreien Teils der Rente	1311	420
aa) Grundsätze	1311	420
bb) Änderung der Rentenhöhe aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen	1321	422
cc) Regelmäßige Rentenanpassungen	1330	424
e) Aufeinanderfolgende Renten aus der gleichen Versicherung	1336	426
f) Öffnungsklausel für Leistungen aus den berufsständischen Versorgungseinrichtungen und für Höherversicherungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	1346	429
aa) Hintergrund der gesetzlichen Regelung	1346	429
bb) Antrag des Steuerpflichtigen	1351	431
cc) 10-Jahres-Grenze	1352	431
dd) Bis zum 31.12.2004 geleistete Beiträge oberhalb des maßgebenden Höchstbeitrags	1355	433
(1) Maßgeblicher Höchstbeitrag	1355	433
(2) Ermittlung der eingezahlten Beiträge	1359	433
(3) Nachweis der gezahlten Beiträge	1364	436
(4) Beiträge an mehr als einen Versorgungsträger	1367	437
ee) Ermittlung des auf Beiträgen oberhalb des Betrags des Höchstbeitrags beruhenden Teils der Leistung	1372	438

	Rdn.	Seite
ff) Besteuerungslücke bei einmaligen Leistungen	1376	439
gg) Versorgungsausgleich unter Ehegatten oder unter Lebenspartnern	1377	440
III. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Leistungen aus Verträgen außerhalb der Basisversorgung und außerhalb von Riester-Verträgen	1391	442
1. Behandlung von Versicherungsbeiträgen in der Ansparphase	1391	442
a) Allgemeines	1391	442
b) Begünstigte Vorsorgeaufwendungen	1396	443
aa) Bis VZ 2009	1396	443
bb) Ab VZ 2010	1404	445
c) Ermittlung des Abzugsbetrags nach § 10 Abs. 4 EStG	1406	446
aa) Bis VZ 2009	1406	446
bb) Ab VZ 2010	1415a	451
2. Behandlung der (Alters-)Bezüge und sonstigen Leistungen	1416	452
a) Renteneinkünfte	1416	452
aa) Allgemeines	1416	452
bb) Begriff der Leibrente	1418	453
(1) Bedeutung des Leibrentenbegriffs	1418	453
(2) Entwicklung des Leibrentenbegriffs	1419	454
(3) Abhängigkeit von der Lebensdauer als Leibrentenmerkmal	1424	455
(4) Gleichmäßigkeit der Leistungen als Leibrentenmerkmal	1436	458
cc) Ertragsanteilsbesteuerung	1446	460
(1) Allgemeines	1446	460
(2) Grundzüge der Ermittlung des Ertragsanteils	1448	462
(3) Renten, deren Laufzeit vor dem 1.1.1955 begonnen hat	1452	463
(4) Abhängigkeit der Laufzeit von der Lebensdauer mehrerer Personen	1453	463
(5) Abhängigkeit des Rentenbeginns von der Lebensdauer einer anderen Person	1455	464
(6) Abgekürzte Leibrenten	1457	465
(7) Verlängerte Leibrenten	1460	466
(8) Verbindung von Mindestlaufzeit und Höchstlaufzeit	1461	467

	Rdn.	Seite
(9) Unterbrochene Leibrentenzahlung	1463	468
(10) Erhöhung der Leibrente	1466	469
(11) Herabsetzung der Leibrente	1469	470
b) Kapitalauszahlungen	1481	473
aa) Allgemeines	1481	473
bb) Weitergeltung des Kapitallebensversicherungsprivilegs für Altverträge	1486	474
(1) Allgemeines	1486	474
(2) Altvertrag	1489	474
(3) Vertragsänderungen	1491	476
(4) Wechsel des Versicherungsnehmers	1493	477
(5) Wechsel der versicherten Person	1495	477
(6) Beitragsdynamisierungen	1496	478
(7) Besteuerung eines Altvertrags	1500	480
cc) Konkurrenz zwischen § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG und § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG für Neuverträge	1506	480
(1) Kapitalversicherungen mit Sparanteil	1506	480
(2) Definition einer Rentenversicherung	1507a	483
(3) Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht	1508	485
(4) Rentenversicherung ohne Kapitalwahlrecht	1519	490
(5) Fondsgebundene Kapitallebensversicherungen und fondsgebundene Rentenversicherungen	1522	492
(6) Reine Risikoversicherungen	1523	493
(7) Absicherung von Zusatzrisiken	1524	493
(8) Veräußerung von Ansprüchen aus Lebensversicherungen	1528	494
dd) Besteuerung des Unterschiedsbetrags nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG	1530	495
(1) Erlebensfall oder Rückkauf des Vertrages	1530	495
(2) Zurechnung der Einkünfte nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG	1536	497
(3) Berechnung des Unterschiedsbetrags	1542	499
(4) Hälf tiger Unterschiedsbetrag	1557	504
(5) Negativer Unterschiedsbetrag	1564	508

	Rdn.	Seite
(6) Ermittlung des steuerpflichtigen Ertrags bei Mischverträgen (Altvertrag mit Vertragsänderung nach dem 31.12.2004)	1566	508
(7) Berücksichtigung von Werbungskosten	1568	509
(8) Kapitalertragsteuerabzug	1572	510
c) Auszahlungen aus Fonds- und Banksparplänen	1581	512
IV. Wirkungen der Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG	1591	513
1. Allgemeines	1591	513
2. Beispiele zur Günstigerprüfung	1599	515
a) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei Ehegatten	1599	515
b) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer	1600	516
c) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei verheiratetem Arbeitnehmer mit geringem Arbeitslohn und Rürup-Rentenvertrag	1601	518
d) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei verheiratetem Arbeitnehmer mit hohem Arbeitslohn und Rürup-Rentenvertrag	1602	520
e) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei ledigem Selbständigen mit Kapitallebensversicherungs- und Rürup-Rentenvertrag	1603	521
f) Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG bei ledigem Selbständigen mit berufsständischem Versorgungswerk und Rürup-Rentenvertrag	1604	522
V. Besteuerung nach § 22 Nr. 5 EStG (Riester-Renten)	1621	524
1. Allgemeines	1621	524
a) Gegenstand der Regelung	1621	524
b) Entstehung und Entwicklung	1629	526
c) Struktur der Vorschrift	1646	529
d) § 22 Nr. 5 EStG im Besteuerungssystem	1651	530
aa) Lex specialis	1651	530
bb) Einkunftsermittlung	1658	532
(1) Zufluss	1658	532
(2) Werbungskosten	1666	533
2. Steuerliche Behandlung der Beiträge in der Ansparphase	1669	533
a) „Riester-Förderung“ (§ 10a EStG/Abschn. XI)	1670	534
aa) Allgemeines	1670	534

		Rdn.	Seite
bb)	Förderberechtigung	1673	535
cc)	Altersvorsorgebeiträge	1686	539
	(1) Allgemeines	1686	539
	(2) Altersvorsorgebeiträge nach § 82 Abs. 1 Nr. 1 EStG	1696	541
	(3) Altersvorsorgebeiträge nach § 82 Abs. 1 Nr. 2 EStG	1718	545
	(4) Potenzielle Anbieter von Altersvorsorgeverträgen nach § 82 Abs. 1 EStG	1724	546
	(5) Beiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung	1731	548
dd)	Förderwege	1735	550
	(1) Altersvorsorgezulage	1736	550
	(2) Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG	1754	555
	(3) Tilgungsförderung	1772	561
	(4) Altersvorsorge-Eigenheimbetrag	1781	563
	(5) Wohnförderkonto	1796	567
ee)	Schädliche Verwendung	1805	570
	(1) Allgemeines	1805	570
	(2) Rahmenbedingungen für eine steuerunschädliche Auszahlung von gefördertem Altersvorsorgekapital	1811	571
	(3) Rechtsfolgen einer schädlichen Verwendung von Altersvorsorgevermögen	1812	574
	(4) Rechtsfolgen einer schädlichen Verwendung beim Altersvorsorge-Eigenheimbetrag und der Tilgungsförderung	1819	575
ff)	Sonstiges	1829	577
	(1) Wegzug ins Ausland	1829	577
	(2) Sonderfall Entsendung	1831	579
	(3) Förderverfahren	1832	579
b)	Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG	1839	581
c)	Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 66 EStG	1847	582
d)	Steuerfreie Zuwendungen nach § 3 Nr. 56 EStG	1850	583
e)	Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 55b EStG	1852	584

	Rdn.	Seite
3. Steuerliche Behandlung der Leistungen in der Auszahlungsphase	1859	586
a) Allgemeines	1859	586
b) Leistungen aus Sparprodukten (§ 22 Nr. 5 Sätze 1 – 3 EStG)	1868	589
aa) Erfasste Altersvorsorgeprodukte	1868	589
(1) Altersvorsorgevertrag	1869	589
(2) Pensionsfonds	1872	590
(3) Pensionskasse	1873	590
(4) Direktversicherung	1875	591
(5) Sonstiges	1877	592
bb) Erfasste Leistungen	1881	592
cc) Steuerliche Förderung	1883	592
(1) Anwendung des § 3 Nr. 63 EStG	1888	593
(2) Anwendung § 10a EStG/Abschn. XI EStG	1891	594
(3) Anwendung des § 3 Nr. 55b Satz 1 EStG	1900	597
(4) Anwendung des § 3 Nr. 66 EStG	1903	598
dd) Leistungen, die ausschließlich auf geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 1 EStG)	1904	598
ee) Leistungen, die ausschließlich auf nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 2 EStG)	1905	599
ff) Leistungen, die zum Teil auf geförderten, zum Teil auf nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 1 und 2 EStG)	1906	600
(1) Betriebliche Altersversorgung	1907	601
(2) Zertifizierte Altersvorsorgeverträge	1912	603
gg) Anwendung des § 22 Nr. 5 Satz 3 EStG	1915	605
c) Wohnförderkonto (§ 22 Nr. 5 Satz 4 bis 6 EStG)	1919	608
aa) Allgemeines	1919	608
bb) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 4 EStG	1934	614
cc) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 5 EStG	1938	614
dd) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 6 EStG	1944	615
ee) Zusammenfassende Beispiele	1945	615
d) Provisionserstattungen bei geförderten Altersvorsorgeverträgen (§ 22 Nr. 5 Satz 9 EStG)	1947	620

	Rdn.	Seite
e) Bescheinigungs- und Informationspflichten (§ 22 Nr. 5 Satz 7 und Satz 8 EStG)	1956	622
aa) Bescheinigung nach § 22 Nr. 5 Satz 7 EStG	1956	622
bb) Information nach § 22 Nr. 5 Satz 8 EStG	1978	625
VI. Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	1991	626
1. Abgrenzung der unterschiedlichen Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung	1991	626
a) Direktzusage	1992	627
b) Unterstützungskassenzusage	1998	628
c) Pensionskasse	2004	629
d) Pensionsfonds	2009	629
e) Direktversicherung	2014	630
2. Allgemeine Anforderungen an die Anerkennung betrieblicher Altersversorgung	2026	631
3. Finanzierungsformen der betrieblichen Altersversorgung	2041	636
a) Arbeitgeberfinanzierung	2041	636
b) Entgeltumwandlung	2042	636
aa) Voraussetzungen	2042	636
bb) Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung	2047	637
c) Eigenbeiträge	2051	638
4. Gemeinsame Anforderungen für die Inanspruchnahme der Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG bei den externen Durchführungswege	2061	638
a) Reform durch das AltEinkG	2061	638
b) Begünstigte Auszahlungsformen für die Steuerfreiheit	2065	640
c) Keine Steuerfreiheit bei umlagefinanzierten Versorgungseinrichtungen	2072	642
d) Keine Steuerfreiheit bei Durchschnittsfinanzierung	2074	642
e) Beiträge an ausländische Pensionsfonds, ausländische Pensionskassen und – bei Direktversicherungen – an ausländische Versicherungsunternehmen	2075	643
f) Steuerfreistellungsvolumen des § 3 Nr. 63 EStG	2079	644
aa) 4 %-Grenze	2079	644
bb) Zusätzlicher Höchstbetrag von 1 800 € für Neuzusagen	2085	646
cc) Vervielfältigungsregelung des § 3 Nr. 63 Satz 4 EStG bei Beendigung des Dienstverhältnisses	2087	646

	Rdn.	Seite
5. Abgrenzung von Alt- und Neuzusage	2101	648
a) Erteilung einer Versorgungszusage	2102	648
b) Änderung einer Versorgungszusage	2104	648
c) Übertragung von Direktversicherungen oder von Versicherungen einer Pensionskasse im Fall des Arbeitgeberwechsels	2116	650
6. Weiteranwendung der Pauschalversteuerung bei einer Altzusage über eine Direktversicherung oder eine Pensionskasse	2126	651
a) Direktversicherungen	2126	651
b) Pensionskassen	2130	653
c) Pensionsfonds	2133	654
7. Beibehaltung der Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG für umlagefinanzierte Pensionskassen	2141	654
8. Verzicht auf die Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 Satz 2 EStG zugunsten der Förderung nach § 10a und Abschn. XI EStG bei Entgeltumwandlung	2146	655
9. Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 56 EStG für Umlagen	2151	656
10. Steuerliche Behandlung der Betriebsrenten und anderen Leistungen aus einer Direktzusage oder einer Unterstützungskassenzusage	2156	657
a) Ansparphase	2156	657
b) Auszahlungsphase	2157	657
11. Steuerliche Behandlung der Leistungen aus den externen Durchführungswegen	2161	658
a) Ansparphase	2161	658
aa) Kapitalgedeckte Pensionskassen	2161	658
(1) Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Altzusagen	2161	658
(2) Nach dem 31. 12. 2004 erteilte Neuzusagen	2164	658
bb) Pensionsfonds	2171	659
(1) Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Altzusagen	2171	659
(2) Nach dem 31. 12. 2004 erteilte Neuzusagen	2174	659
cc) Direktversicherungen	2181	660
(1) Vor dem 1. 1. 2005 erteilte Altzusagen	2181	660
(2) Nach dem 31. 12. 2004 erteilte Neuzusagen	2184	661
dd) Umlagefinanzierte Pensionskassen	2190	661
b) Auszahlungsphase	2191	661
aa) Allgemeines	2191	661

		Rdn.	Seite
bb)	Leistungen, die ausschließlich auf nicht geförderten Beiträgen beruhen	2196	662
cc)	Leistungen, die ausschließlich auf geförderten Beiträgen beruhen	2205	664
dd)	Leistungen, die auf geförderten und nicht geförderten Beiträgen beruhen	2206	664
ee)	Leistungen aus umlagefinanzierten Versorgungseinrichtungen	2209	666
12.	Auswirkungen der Portabilität (Mitnahme betrieblicher Versorgungsanwartschaften) auf die Besteuerung der Leistungen	2216	667
a)	Arbeitsrechtliche Übertragungsmöglichkeiten	2216	667
b)	Steuerfreiheit des Übertragungswerts	2221	668
aa)	Übertragung von externem zu externem Versorgungsträger	2221	668
bb)	Übertragung von einem internen zu einem internen Durchführungsweg	2222	669
cc)	Übertragung von einem internen Durchführungsweg auf einen externen Versorgungsträger oder umgekehrt	2223	669
c)	Steuerliche Behandlung der (Versorgungs-)Leistungen	2231	669
aa)	Übertragung von externem zu externem Versorgungsträger	2231	669
bb)	Übertragung von einem internen zu einem internen Durchführungsweg	2232	670
cc)	Übertragung von einem internen Durchführungsweg auf einen externen Versorgungsträger oder umgekehrt	2233	671
13.	Auswirkungen auf die Besteuerung der Leistungen bei Übertragung einer Versorgungszusage auf einen Pensionsfonds	2241	671
VII.	Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge	2261	675
1.	Steuerliche Behandlung in der Ansparphase	2261	675
2.	Steuerliche Behandlung in der Auszahlungsphase	2262	675
a)	Allgemeines	2262	675
b)	Berechnung des Versorgungsfreibetrags und des Zuschlags	2270	677

	Rdn.	Seite
c) Zeitanteilige Gewährung von Versorgungsfreibetrag und Zuschlag	2276	679
d) Mehrere Versorgungsbezüge mit unterschiedlichem Bezugsbeginn	2278	681
e) Neuberechnung der Freibeträge für Versorgungsbezüge	2280	683
f) Hinterbliebenenbezüge und Sterbegeldzahlungen	2282	685
3. Angepasste Übertragung der Abschmelzregelung auf Abgeordnetenbezüge	2291	687
4. Berechnung und Aufteilung des Versorgungsfreibetrags bei Versorgungsbezügen aus unterschiedlichen Einkunftsarten	2292	687
VIII. Erstellung und Auswertung von Rentenbezugsmittelungen nach § 22a EStG		
1. Grundsätze	2301	688
2. Rentenbezugsmittelung und Öffnungsklausel in § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG	2311	691
3. Zuordnung der Leistungen zum Bescheinigungsjahr	2316	691
4. Regelmäßige Rentenanpassungen	2321	692
5. Zeitpunkt des Beginns und Ende des Leistungsbezugs	2326	693
6. Identifikationsnummer	2331	693
IX. Tarifermäßigung bei Rentennachzahlungen	2336	694
X. Besteuerung von Alterseinkünften bei beschränkter Steuerpflicht	2341	696
1. Rechtslage bis 2004	2341	696
2. Rechtslage ab 2005	2342	696

TEIL E: BESTEUERUNG DER ÜBRIGEN WIEDERKEHRENDEN BEZÜGE

I. Schadensersatz- und Schmerzensgeldrenten	2361	697
1. Allgemeines	2361	697
2. Schadensersatzleistungen wegen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit	2362	697
3. Schadensersatzleistungen an Unterhaltsberechtigte oder Dienstleistungsberechtigte	2371	699
4. Schadensersatzleistungen wegen Vermehrung der Bedürfnisse oder als Schmerzensgeld	2376	701

	Rdn.	Seite
5. Zusammentreffen verschiedener Arten von Schadensersatzleistungen	2381	701
6. Steuerliche Wirkung beim Verpflichteten	2382	702
II. Versorgungsausgleich nach Scheidung der Ehe	2386	703
1. Allgemeines	2386	703
2. Wertausgleich bei Scheidung	2388	704
a) Allgemeines	2388	704
b) Interne Teilung	2391	705
aa) Zivilrechtliche Grundlagen	2391	705
(1) Durchführung der internen Teilung	2391	705
(2) Rechtsfolgen der internen Teilung	2393	706
bb) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2396	707
(1) Steuerfreiheit der Übertragung	2396	707
(2) Besteuerung der späteren Leistungen	2397	707
c) Externe Teilung	2405	711
aa) Zivilrechtliche Grundlagen	2405	711
(1) Externe Teilung auf Wunsch	2405	711
(2) Externe Teilung in Beamtenversorgungssystemen	2407	711
(3) Zielversorgung	2408	712
(4) Rechtsfolge für die ausgleichspflichtige Person	2409	713
bb) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2410	713
(1) Steuerfreiheit der Übertragung	2410	713
(2) Besteuerung der späteren Leistungen	2413	714
(3) Ausgleichszahlung zur Vermeidung einer Versorgungskürzung	2416	715
3. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	2419	716
a) Zivilrechtliche Grundlagen	2419	716
b) Steuerrechtliche Folgewirkungen bei Ausschluss des Versorgungsausgleichs gegen Abfindung	2420	717
aa) Ausgleichspflichtige Person	2420	717
bb) Ausgleichsberechtigte Person	2424	718
4. Ausgleich nach der Scheidung	2425	719
a) Zivilrechtliche Grundlagen	2425	719
aa) Fehlende Ausgleichsreife	2425	719
(1) Allgemeines	2425	719
(2) Wirkung auf andere Anrechte	2430	720

	Rdn.	Seite
bb) Vorbehalt ausgleichsreifer Anrechte für den Ausgleich nach der Scheidung	2431	721
cc) Ausgleichszahlungen	2432	721
(1) Ausgleichsrente	2432	721
(2) Abtretung von Versorgungsansprüchen	2435	722
(3) Ausgleich von Kapitalzahlungen	2437	723
(4) Abfindung eines schuldrechtlichen Ausgleichsanspruchs	2440	724
(5) Tod der ausgleichspflichtigen Person	2442	724
b) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2444	725
aa) Allgemeines	2444	725
bb) Anspruch auf Ausgleichsrente	2449	727
(1) Laufende Versorgung in Form einer Basisrente	2449	727
(2) Laufende Versorgung in Form eines Versorgungsbezugs i. S. d. § 19 EStG	2450	727
(3) Laufende Versorgung in Form einer Leibrente i. S. d. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG	2451	728
(4) Laufende Versorgung aus einem Pensionsfonds, einer Pensionskasse, einer Direktversicherung oder einem Riester-Vertrag	2452	728
cc) Abtretung von Versorgungsansprüchen	2453	729
dd) Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	2455	730
ee) Anspruch auf Abfindung	2456	730
ff) Anspruch gegen die Witwe oder den Witwer, § 26 VersAusglG	2461	732
III. Unterhaltsleistungen geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatten (Realsplitting)	2469	733
1. Allgemeines	2469	733
2. Bedeutung des Realsplittings	2470	733
3. Begünstigte Unterhaltsleistungen	2473	734
4. Begrenzung des Antrags auf einen Teilbetrag der Unterhaltsleistungen	2475	736
5. Wirkungen der Zustimmung	2477	737
6. Korrespondenz zwischen § 22 Nr. 1a und § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG	2480	738

	Rdn.	Seite
7. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für den dauernd getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten	2483	739
8. Vorrang des § 22 Nr. 1a EStG vor § 22 Nr. 1 Satz 1 EStG	2487	740
9. Keine unbeschränkte Steuerpflicht des Empfängers	2491	742
IV. Abzug der Jahreserbschaftsteuer nach § 23 ErbStG als dauernde Last	2496	743
1. Allgemeines	2496	743
2. Rechtslage bis 1998	2497	743
3. Rechtslage von 1999 bis 2004	2502	745
4. Rechtslage ab 2005	2503	745
V. Rentenversicherungen und Lebensversicherungen gegen fremdfinanzierten Einmalbetrag	2511	747
1. Modellgestaltung	2511	747
2. Steuerliche Behandlung der unterschiedlichen Komponenten	2514	748
3. Einschränkung der Modelle durch § 2b EStG	2526	750
4. Weitere Einschränkung durch § 15b EStG	2530	751
Anhang		753
Stichwortverzeichnis		755